

Was ist gerecht?

Im Gespräch mit Julian Nida-Rümelin



Julian Nida-Rümelin lehrt Philosophie und politische Theorie an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Er leitet dort das interdisziplinäre Ethik-Zentrum und den berufs begleitenden Studiengang »Philosophie Politik Wirtschaft«. Er war Kulturstatsminister im ersten Kabinett Schröder und ist Mitglied der Europäischen Akademie der Wissenschaften und Künste.

*Herr Nida-Rümelin, steigen wir mit einer persönlichen Frage ein:
Führen Sie ein selbstbestimmtes Leben?*

Julian Nida-Rümelin: Ich selbst in hohem Maße. Aber ich bin ja auch sehr privilegiert mit einem Beruf, der keinen Vorgesetzten vorsieht. Ich entscheide selbst, welche Themen mich interessieren und welche Bücher ich schreibe. Die Autonomie ist einer der Hauptgründe, warum ich diesen Beruf gewählt habe. Allerdings: Das Hochschulsystem ist in den letzten Jahren deutlich verschulter geworden.

Selbstbestimmung ist auch ein zentrales Leitmotiv in der Sozialpolitik. Inwiefern hängt sie mit sozialer Gerechtigkeit zusammen?

Julian Nida-Rümelin: Selbstbestimmung ist ein essenzieller Bestandteil von sozialer Gerechtigkeit. Der Sozialstaatsgedanke beruht darauf, Menschen auch in schwierigen existenziellen Phasen wie z. B. Arbeitslosigkeit, Alter und Krankheit immer noch ein weitgehend selbstbestimmtes Leben leben zu lassen. Sie sollen eben nicht völlig abhängig von karitativen Zuwendungen und von der Nettigkeit anderer Menschen oder vom sozialen Umfeld werden. Als Individuum im Sozialstaat habe ich soziale Rechtsansprüche an den Staat, die mir in existenziell schwierigen Phasen ein eigenständiges Auskommen ermöglichen. Sozialstaat darf man deshalb auch nicht gegen Freiheit in Stellung bringen, er soll ja gerade Freiheit und Selbstbestimmung ermöglichen.

Was bedeutet es für Sie »sozial und gerecht« zu sein?

Julian Nida-Rümelin: Ich gebe eine Antwort als Philosoph: Soziale Gerechtigkeit ist ein zentrales Thema der praktischen Philosophie und die politische Debatte läuft quer zu der philosophisch-systematischen Diskussion – in einer merkwürdigen Weise bis hinein in die Grundsatzprogramme der Volksparteien. Gerechtigkeit ist die oberste politische Tugend. Das gilt für Platon, das gilt für John Rawls und das sollte auch für die zeitgenössische Politik gelten. Es ist Humbug, Gerechtigkeit in Gegensatz zur Freiheit zu setzen, wie das aus ideologischen Gründen immer wieder getan wird. Die Grundlagen der modernen Demokratie in unserem Kulturkreis sind in der Europäischen Aufklärung gelegt worden. Und diese Grundlagen lauten: Gleiche Freiheit, gleiche Autonomie. Eine Gesellschaft, eine institutionelle Grundstruktur, wie das John Rawls nennt, ist dann gerecht, wenn ihr die einzelnen Individuen vernünftiger Weise zustimmen können. Das bedeutet, jedes Individuum

muss sich in dieser Ordnung wiederfinden und seine Lebensgestaltung nach eigenen Vorstellungen entwickeln können.

Nun gibt es verschiedene Dimensionen von Gerechtigkeit wie beispielsweise Chancengerechtigkeit, Leistungsgerechtigkeit oder Generationengerechtigkeit. Lässt sich soziale Gerechtigkeit überhaupt definieren?

Julian Nida-Rümelin: Es gibt einen interessanten Definitionsversuch von John Rawls, den vielleicht bedeutendsten Gerechtigkeitstheoretiker der Gegenwart. Er argumentiert folgendermaßen: Gerechtigkeit hat zwei Teile, der erste Teil besteht aus gleicher maximaler Freiheit, im Sinne eines gleichen Systems von individuellen Rechten und Freiheiten, die rechtsstaatlich für alle Menschen verbürgt sind. Praktische Beispiele dafür sind die Niederlassungsfreiheit, die Assoziationsfreiheit oder die Versammlungsfreiheit, die Meinungsfreiheit, die Freiheit der Berufswahl, usw. Dieser erste Teil ist dem zweiten Teil vorgeordnet: dem Verteilungsprinzip bzw. dem Differenzprinzip. Dieses besagt, dass jede Ungleichverteilung gerechtfertigt werden muss und sie nur gerechtfertigt werden kann, wenn sie allen Gruppen der Gesellschaft zugute kommt. Praktisch bedeutet das also, dass beispielsweise umverteilende Politikmaßnahmen, die durch steuerliche Einnahmen mit progressivem Steuertarif finanziert werden, allen zugute kommen müssen, insbesondere den am schlechtesten gestellten Personengruppen. Das ist nach meiner Auffassung die beste Gerechtigkeitstheorie, die wir gegenwärtig haben: erst gleiche Freiheit und dann Verteilung.

Selbstbestimmung scheint mit Blick auf den ersten Teil in Rawls Konzept auch eine entscheidende Rolle zu spielen?

Julian Nida-Rümelin: Ja, denn die individuellen Rechte und Freiheiten sollen ja meine Autonomie und meine Möglichkei-

ten, ein Leben nach eigenen Vorstellungen zu leben, schützen. Die Philosophie dahinter ist, mich zu fragen, was ich befürworten würde, wenn ich nicht wüsste, welche individuellen Vor- und Nachteile mich erwarten würden. Wenn man also von einem unparteiischen Standpunkt her betrachtet einer institutionellen Grundstruktur zustimmen kann, dann ist sie insgesamt gerecht. Diese Idee von Rawls hat natürlich eine Vorgeschichte aus dem europäischen, vertragstheoretischen Denken seit Thomas Hobbes, Locke, Kant und Rousseau.

Was ist dann wichtiger: Chancengerechtigkeit oder Leistungsgerechtigkeit?

Julian Nida-Rümelin: Da geht bereits begrifflich vieles durcheinander. Ich verstehe schon den Ausdruck »Chancengerechtigkeit« nicht. Vermutlich ist damit Chancengleichheit gemeint. Zentral sind für mich die Grundwerte Freiheit, Gleichheit, Solidarität. Freiheit und Gleichheit sind verkoppelt im Sinne von gleicher Autonomie. Ergänzt werden sie, jedenfalls aus sozialdemokratischer, aber auch aus katholischer Sicht durch Solidarität, also durch die Pflicht denjenigen zu helfen, die hilfsbedürftig sind. Diese drei Elemente tragen ein System der sozialen Demokratie. Aber: Wo bleibt Gerechtigkeit? Wenn diese drei Grundwerte angemessen in einem guten Verhältnis zueinander stehen und sich gegenseitig stützen, dann sprechen wir von einer gerechten Gesellschaft.

Hat die Freiheit des Einzelnen dann Vorrang vor dem Gemeinwohl aller?

Julian Nida-Rümelin: Nein und das sollte aus meiner Sicht auch nicht gegenüber gestellt werden. Die individuellen Rechte von Artikel 1 bis 19 im Grundgesetz sind ausschließlich Individualrechte und sichern mir meine Selbstbestimmung auch gegen die Mehrheitsmeinung der Bevölkerung. Eine Mehrheitsent-

scheidung ist keine Demokratie, wenn sie nicht auch das Individuum schützt. Ich bin aber als Individuum, unabhängig davon ob ich zu den Stärkeren oder zu den Schwächeren gehöre, darauf angewiesen, dass wir uns bei Krankheit, im Alter, bei Elternschaft etc. wechselseitig stützen. Und dazu dient Sozialstaatlichkeit.

Geht es denn in Deutschland sozial gerecht zu?

Julian Nida-Rümelin: Deutschland hat eine relativ gute Situation – auch wenn die Haltung hierzulande oft ist, Vieles schlecht zu finden. Deutschland hat einen sehr entwickelten Sozialstaat, was zum Beispiel daran abzulesen ist, dass die Ungleichheit der Einkommen vor Steuern und Abgaben (Primäreinkommen) sehr viel größer ist als die Ungleichheit der Einkommen nach Steuern und Abgaben (Sekundäreinkommen). Das heißt: Wir haben in Deutschland in der Tat eine funktionierende Umverteilung. Deutschland gehört zusammen mit den skandinavischen Ländern, Neuseeland und Kanada zu den Ländern mit der geringsten Ungleichheit der Sekundäreinkommen.

Zahlreiche Studien und Statistiken belegen genau das Gegenteil: Deutschland gehört zu den Tabellenführern im Bereich Ungleichheit.

Julian Nida-Rümelin: Ich spreche von den Sekundäreinkommen nach Steuern und Abgaben. Die Ungleichheit ist sehr ungünstig was Vermögen angeht, aber bei den Einkommen ist die Ungleichheit nicht so hoch wie in anderen Industrieländern. Seit 2005 ist die Ungleichheit entgegen dem internationalen Trend sogar nicht mehr gewachsen. Interessanterweise ist das der Zeitpunkt, ab dem die Agenda-2010-Reformen einsetzten.

Stagnierende Ungleichheit in der Einkommensspreizung also. Was die Vermögen angeht, zeigt sich jedoch ein anderes Bild.

Julian Nida-Rümelin: Ja, die Vermögensungleichheit ist extrem hoch. Allerdings muss man da mit Vorsicht rangehen. Ein Beispiel: In Italien ist es üblich, dass man sich zur Absicherung gegen alle Unsicherheiten – auch angesichts des immensen Misstrauens gegenüber dem Staat – möglichst früh eine Immobilie kauft. Ein sehr hoher Prozentsatz der kleinbürgerlichen Milieus und der Arbeitermilieus verfügen deshalb über eine eigene Immobilie. In Deutschland ist das so nicht ausgeprägt und ich behaupte, dass dies auch mit dem recht stabilen und verlässlichen sozialen Sicherungssystem zusammenhängt.

Oder weil die Menschen hierzulande aufgrund hoher Abgaben und Belastungen keine Möglichkeit haben, Vermögen aufzubauen. Ungleichheit bezieht sich aber nicht nur auf finanzielle Verteilung. Wie sieht es beim Thema soziale Mobilität in Deutschland aus?

Julian Nida-Rümelin: Auch das ist eine Legende, dass Deutschland keine soziale Mobilität hat. Das oft als Vorbild gepriesene Großbritannien hat eine katastrophal schlechte soziale Mobilität im Vergleich zu Deutschland, ebenso wie Italien, die USA, China oder die südamerikanischen Staaten. Insgesamt stehen wir im internationalen Vergleich im Großen und Ganzen positiv da.

Ein Blick auf beispielsweise den Zusammenhang von sozialer Herkunft und Bildungschancen in Deutschland – von 100 Kindern aus Akademikerfamilien schaffen es 77 an die Hochschulen, von 100 Arbeiterkindern nur 23 – offenbart aber eine ziemlich starke Mobilitäts- und Gerechtigkeitsschiefelage.

Julian Nida-Rümelin: Chancenungleichheit ist ungerecht. Aber das Beispiel ist schief, denn in Deutschland, Österreich und der Schweiz bilden Nicht-Akademiker den größeren Teil der Mittelschichten, anders als in Großbritannien oder den USA. Chancengleichheit ist eine Bedingung von Gerechtigkeit. Das

von Ihnen erwähnte Beispiel ist übrigens auch historisch interessant: Ende der 1970er Jahre, als die Akademikerquote viel niedriger war als heute, hatten wir ein Hoch von Kindern aus Arbeiterfamilien an Universitäten. Dann ist der Prozentsatz im Laufe der Jahre gesunken. Dass die zunehmende Akademisierung zu mehr Chancengleichheit geführt hat ist also eine Mär. Diese Ungleichheit in den Startchancen drückt sich auch in einem anderen Zusammenhang aus: Umso ungleicher die Sekundäreinkommen sind – Vermögen lassen wir außen vor – desto geringer ist die soziale Mobilität. In Peru oder Brasilien beispielsweise, wo die Ungleichheit besonders stark ausgeprägt ist, ist auch die soziale Mobilität sehr gering. Länder, in denen durch staatliche Umverteilung über das Steuersystem die soziale Ungleichheit geringer ist – Schweden, Finnland, Norwegen, Dänemark, aber auch Kanada und Deutschland – schneiden deutlich besser ab.

Auch wenn Deutschland im internationalen Vergleich gut abschneidet, wo müsste man ansetzen, um die soziale Mobilität hierzulande zu verbessern?

Julian Nida-Rümelin: Man muss an zwei Stellschrauben drehen: Die Durchlässigkeit des Bildungssystems muss vom sozioökonomischen Status der Eltern entkoppelt werden. Das setzt in meinen Augen insbesondere auch frühzeitige Ganztagesangebote voraus, um Familien ausreichende Einkommenssicherheit zu bieten und finanzielle Ungleichheiten auszugleichen. Das zweite Element ist eine ausgleichende und umverteilende Sozial- und Wirtschaftspolitik, die Ungleichheit in Grenzen hält.

Genügt nicht einfach mehr Geld zur Förderung von Bildungsbenachteiligten, um viele soziale Probleme zu lösen?

Julian Nida-Rümelin: Es geht sicher nicht primär um Geld. Das zeigt sich auch daran, dass Länder mit einem hohen Bildungs-

erfolg nicht durchgängig hohe Bildungsinvestitionen aufweisen – Finnland ist dafür ein Beispiel. Dennoch sehe ich für Deutschland folgende Investitionspriorität: Bildung und Forschung, um darüber großes Innovationspotenzial aufzubauen. Und auch die Kunst sollte stärker gefördert werden, damit die Gesellschaft in Gang bleibt. Insgesamt sollte eher präventiv agiert werden, damit die reparierenden Aktivitäten des Sozialstaates möglichst gering ausfallen.

Gibt es Stellen, an denen der Sozialstaat zunächst selbst repariert werden muss?

Julian Nida-Rümelin: Es gibt spezifische Probleme, die mit dem hiesigen Sozialstaatsmodell – was es so nur in Frankreich und in Deutschland gibt – einhergehen. Ein Problem: das Gros der sozialen Leistungstransfers aufgrund von gewachsenen Ansprüchen, wie beispielsweise Rentenansprüche. Im Gegensatz dazu sind die skandinavischen Modelle sehr viel stärker auf steuerfinanzierte Bürgerrechte ausgerichtet, das deutsch-französische Modell des Sozialstaates setzt eher auf Kooperation. Der Vorteil dieses System ist, dass es bis weit in die Mittelschichten soziale Solidarität und Kooperation schafft, weil auch die Mittelschichten von diesem System profitieren und darauf ihre Lebensgestaltung stützen können. Der große Nachteil dagegen ist, dass diejenigen, die wenig eingezahlt haben nur noch den kleineren Teil der sozialen Transferleistungen abbekommen ...

... also Hartz IV bzw. Grundsicherung?

Julian Nida-Rümelin: Genau, und diese reicht oft nicht aus, um ein würdiges Leben zu führen. Im Gegensatz dazu ist zum Beispiel der Grundsicherungsbetrag in Dänemark oder Schweden weit höher als in Deutschland. Die skandinavischen Länder geben in ihrem System eher hohe Garantien, statt rechtlich verbrieft Ansprüche. Das heißt aber auch: Die Liberalisierung

des Arbeitsmarktes ist in Dänemark höher als in Deutschland. Dennoch fährt Dänemark mit diesem Modell ziemlich gut.

Aus ihrer Sicht also ein Systemfehler im deutschen Modell, weil zu wenig steuerfinanziert?

Julian Nida-Rümelin: Ich meine, es braucht mehr Garantien, weniger Sicherheiten. Ich bin ein Fan des dänischen Wegs: höheres Arbeitslosengeld, ALG II nicht so stark an Bedürftigkeit koppeln, wie das bei uns der Fall ist, und gleichzeitig die aktivierende Funktion verstärken. In Dänemark beträgt das Arbeitslosengeld in etwa 90 Prozent des vorherigen Nettoeinkommens, dort ist die Arbeitslosenversicherung allerdings freiwillig. Neoliberale Ökonomen würden nun sagen: »Dann arbeitet doch niemand mehr, dann wollen doch alle arbeitslos sein!« Aber nein, dem ist nicht so. Dänemark gelingt es besser als Deutschland relativ schnell Arbeit zu vermitteln. Das ist also ein gutes Beispiel dafür, wie Aktivierung mit höheren Garantien vereinbar sein kann.

Also Steuern rauf und das skandinavische Sozialstaatsmodell nach Deutschland importieren?

Julian Nida-Rümelin: Die skandinavischen Länder haben den Vorteil, dass deren soziale Sicherungssysteme zum großen Teil steuerfinanziert sind. Der Nachteil ist jedoch, dass deren Spitzensteuersatz deutlich höher ist als in Deutschland. Deutschland könnte sich höhere Steuern leisten. Deutschland gehört zu den Ländern in Europa mit dem niedrigsten Steuersatz. Ein höheres Steueraufkommen würde natürlich auch einen aktivierenderen Sozialstaat und effektivere Ausgleichsmaßnahmen gegen soziale Ungerechtigkeiten ermöglichen. Das könnte man beispielsweise über eine Mehrwertsteuererhöhung erreichen. Das gilt allerdings als No-Go links von der Mitte und die Ablehnung ist auch nachvollziehbar. Mehrwertsteuererhö-

hungen bedeuten ja, dass alle proportional zu ihrem Konsum besteuert werden und das läuft der progressiven Besteuerung zuwider. Das ist aber nur die halbe Wahrheit: Denn der Mehrwertsteuersatz hat den reizvollen Aspekt, dass sehr viele Mittel reinkommen – ein Prozentpunkt Erhöhung bringt mehrere Milliarden Euro Mehreinnahmen für den Staat. Die entscheidende Frage lautet an der Stelle, wie die Mittel eingesetzt würden? Stellen Sie sich vor, diese Mittel würden beispielsweise für kostenlose Krippen und Kindertagesstätten oder zur Erhöhung bestimmter Grundleistungen eingesetzt.

Unser Sozialsystem beruht unter anderem auf dem Gedanken »starke Schultern tragen mehr als Schwache«. Würde dieses Prinzip durch eine starke Steuerfinanzierung aufgeweicht?

Julian Nida-Rümelin: Im Gegenteil, eine stärkere Steuerfinanzierung würde diesem Prinzip entsprechen. Dieses Prinzip ist in Deutschland bereits zum Teil außer Kraft gesetzt, denn es gilt nur innerhalb der Arbeitnehmerschaft. Diejenigen, die von Kapitaleinkünften leben, zahlen im Vergleich deutlich geringere Steuern. Das ist ein großer Missstand, der auch demokratiegefährdend ist. Wenn die Menschen den Eindruck haben, dass alle diejenigen, die auf Kapital-, Vermögens- oder Unternehmensbesitz zurückgreifen können, aus dem System der solidarischen Sicherung ausgenommen sind, führt das zu einem Vertrauensverlust in das System. Aber eine 1:1-Übertragung des skandinavischen Modells nach Deutschland würde auch nicht funktionieren, denn: Es gibt in Skandinavien eine andere historische Tradition der bäuerlichen Solidargemeinschaft, die in den nördlichen Regionen noch viel wichtiger war als bei uns. Jeder steht ein für alle anderen und jeder fühlt sich mitverantwortlich, dass alle durchkommen. Diese starke Solidari-tätsverankerung haben wir in Deutschland nicht. Für Deutschland stelle ich mir eher eine Mischung vor: ein höherer Anteil an Steuerfinanzierung und mehr Garantien als Schutz.

Zu Beginn sagten Sie, dass es uns insgesamt gut gehe in Deutschland. Haben wir überhaupt große soziale Probleme?

Julian Nida-Rümelin: Ja, wir haben eine ganze Reihe von sozialen Problemen. Das aus meiner Sicht Auffälligste: Der Unterschied in der Berufstätigkeit von Frauen mit Kindern und von Frauen ohne Kinder ist in Deutschland im internationalen und auch im europäischen Vergleich sehr hoch. Die Politik hat leider erst sehr spät begriffen, dass Männer und Frauen bei vergleichbarer Qualifikation auch vergleichbar berufstätig sein wollen. Dafür fehlen aber in Deutschland die Voraussetzungen, beispielsweise flächendeckende Ganztagsangebote für Kinder und Jugendliche wie in Frankreich. Das führt letztlich aber zu einer gigantischen Verschleuderung von Volksvermögen, nämlich von hochqualifizierten Frauen, die Hilfsjobs ausüben oder ganz aussteigen und nach zehn und mehr Jahren nicht mehr richtig im Berufsleben einsteigen können.

Obwohl die Politik doch gerade beim Ausbau der Betreuungsangebote für bis Dreijährige in den letzten Jahren massive Anstrengungen unternommen hat?

Julian Nida-Rümelin: Ja, da ist zwar viel passiert, aber wir liegen mit der Betreuungsquote immer noch unter 35 Prozent. Das bedeutet also, dass bei sehr vielen Müttern mit Kindern in den ersten drei Jahren irgendwer für diese kleinen Kinder da sein muss und bei unseren kulturellen Verhältnissen ist das in der Regel die Frau. Das zweite Problem, was ganz offenkundig ist, ist die unzureichende Integration von Migrantenfamilien oder Personen mit Migrationshintergrund hierzulande. Die Folgen davon sind unter anderem kulturelle Ausgrenzung und Selbstausgrenzung in Gestalt eines religiös motivierten Fundamentalismus, den die Einwanderergeneration oft nicht hatte, sowie eine deutlich höhere Arbeitslosigkeit. Und ein drittes Problem, das ich sehe, ist der immer noch viel zu hohe Anteil

an Menschen, die keine Berufsausbildung haben: Der Anteil der 25- bis 65-Jährigen ohne berufsqualifizierenden Bildungsabschluss liegt bei rund 14 %. Das ist eine enorme Risikogruppe, die akut von Arbeitslosigkeit bedroht ist.

Sie haben bereits die sozial- und arbeitsmarktpolitischen Agenda-2010-Reformen unter dem ehemaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder angesprochen. Unter anderem gilt seit den Agenda-Reformen ein neues Prinzip im Sozialstaat: Fordern und Fördern. Das Prinzip zielt darauf ab, Erwerbslose stärker als zuvor über bestimmte Maßnahmen zu sanktionieren und zu qualifizieren, um deren Beschäftigungsfähigkeit zu erhöhen. Rückblickend nach zehn Jahren Agenda-2010-Reformen: Hat sich das Prinzip bewährt?

Julian Nida-Rümelin: Das hat über alle Maßen gut funktioniert. Wer das Gegenteil behauptet, kann keine Statistiken lesen. Wir hatten über Jahrzehnte eine Entwicklung, bei der jeweils am Ende des Wirtschaftszyklus die Arbeitslosigkeit höher war als am Anfang. Durch die deutsche Einigung gab es zwischenzeitlich zwar eine kurze Boom-Phase in der ersten Hälfte der 1990er Jahre. Danach aber ging die Arbeitslosigkeit massiv nach oben und es schien ein Grundgesetz der ökonomisch-sozialen Entwicklung in Deutschland zu sein, dass die Arbeitslosigkeit steigt und steigt und die Finanzierbarkeit dieser Lasten immer schwieriger wird. Mit Inkrafttreten der entscheidenden Arbeitsmarktgesetze im Januar 2005 begann dann die Arbeitslosigkeit insgesamt zu sinken, sie halbierte sich innerhalb weniger Jahre. Das wirklich überraschende dabei: Sie stieg auch während der Krisenjahre 2008 bis 2010 nicht mehr deutlich an, sondern sie stagnierte und fällt unmittelbar nach Überwinden der Krise nun wieder weiter ab – was sicher auch eine Folge manch richtiger Entscheidungen der großen Koalition ist. Heute haben wir den höchsten Anteil von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Geschichte Deutschlands. Also Fordern und Fördern hat sehr gut funktioniert. Auch in der

Hinsicht, dass die Deaktivierung, die eine Arbeitslosigkeit immer mit sich bringt, nicht nur ökonomische, sondern auch psychologische und soziale Aspekte hat.

Was verstehen Sie unter Aktivierung?

Julian Nida-Rümelin: Arbeitslose wurden durch die Reformen plötzlich in die Situation versetzt, nicht mehr 24 Monate abwarten zu können, also inaktiv zu bleiben, und gleichzeitig das Arbeitslosengeld bzw. anschließend Arbeitslosenhilfe zu erhalten. Dieses Lebensmodell hat es insbesondere in denjenigen Regionen gegeben, in denen es hohe Arbeitslosigkeit gab. Kurzum: Jeder der heute arbeitslos wird, weiß, dass er sich sofort darum bemühen muss, wieder eine Beschäftigung zu finden, also auch selbst wieder aktiv zu werden. Das tut dem Menschen gut und das tut der Wirtschaft und dem sozialen Sicherungssystem gut.

Wie gerecht ist es beispielsweise bei Menschen, die aufgrund von Alter, Krankheit oder Behinderung hilfsbedürftig sind, die Aktivierungslogik anzusetzen und sie nach dem Prinzip Fordern und Fördern zu behandeln?

Julian Nida-Rümelin: Wird das denn wirklich getan? Da muss man sich immer im Einzelfall genau anschauen, wen es wirklich betrifft. Beispielsweise heißt Behinderung nicht gleich Hilfsbedürftigkeit. Die Gesellschaft muss behinderten und nicht-behinderten Menschen gegenüber erst mal klarmachen: Alle sind unabhängig von ihren spezifischen Fähigkeiten willkommen. Dazu ein Beispiel aus der Wirtschaft: Es gibt verschiedene Unternehmen, die Menschen mit Asperger-Syndrom einstellen. Der Grund: Sie haben besondere Fähigkeiten, beispielsweise im Umgang mit Zahlen. Ihnen fallen eher Fehler auf und sie können sich in ihrem Interessensgebiet mehr merken. Es gibt weitere viele Beispiele dieser Art die zeigen, dass eine Gesellschaft, die vielfältige Fähigkeiten akzeptiert, mehr

Potential bietet und das Prinzip »Fordern und Fördern« dann auch greifen kann. Deshalb sollte man sich davor hüten, Menschen mit Behinderung, kranke oder alte Menschen auf Hilfsbedürftigkeit zu reduzieren. Die allermeisten Menschen wollen und können auch noch etwas beitragen und sei es, dass Ältere, die aber geistig noch klar sind, noch Älteren im Alltag helfen. Ich denke, da ist die Aktivierungslogik durchaus nicht obsolet.

Obsolet aber in dem Sinne, in dem ein zentrales Motiv der Agenda-Reformen – Beschäftigungsfähigkeit wiederherzustellen bzw. zu erhöhen – im Vordergrund steht?

Julian Nida-Rümelin: Nein, darum sollte es nicht primär gehen, es geht in erster Linie um Lebensbewältigung und um Anerkennung. Aber nochmal: Es gibt genug Menschen mit Behinderungen, die auch auf dem Arbeitsmarkt willkommen sind und eingesetzt werden können. Das bedarf aber natürlich auch einer gewissen Offenheit der Unternehmen, spezifische Bedingungen am Arbeitsplatz zu schaffen.

Sind wir wirklich schon in einer inklusiven Gesellschaft angekommen?

Julian Nida-Rümelin: Nein, ich glaube nicht, aber es geschieht bereits viel. Was ich kritisch sehe, ist die Forderung nach einem Bildungssystem der vollen Integration von geistig und körperlich behinderten Menschen. Die Forderung ist ehren- und erstrebenswert, aber dazu müssen dann auch die Rahmenbedingungen gegeben sein. Eine inklusive Schule beispielsweise muss weithin veränderte Voraussetzungen erfüllen. Dort kann nicht nur ein Lehrer unterrichten, so wie wir es bisher kennen. Dort brauchen sie zusätzlich Psychologen und Sozialarbeiter und weitere Spezialisten. Diese Tradition haben wir aber bislang nicht.

Was hätte man bei den Agenda-Reformen besser machen können?

Julian Nida-Rümelin: Man hätte zum Beispiel gleich einen Mindestlohn einführen müssen, aber ich bin kein Arbeitsmarktexperte.

Kommen wir zum Themenbereich Politik und Demokratie. Sie sind selbst in mehreren Funktionen politisch tätig gewesen. Aus Ihrer ehemaligen Insider-Perspektive: Gestaltet die Politik noch aktiv und nachhaltig Sozialpolitik oder ist eher eine große Flickschusterei mit vielen kleinen hektischen Reparaturen?

Julian Nida-Rümelin: Ich war in zwei kulturpolitischen Ämtern und habe mein Berufsleben als Wissenschaftler, genauer als Hochschullehrer für Philosophie und politische Theorie, insgesamt nur fünf Jahre unterbrochen. Ich war als Kulturreferent der Landeshauptstadt München und später dann im ersten Kabinett Schröder als Kulturstaatsminister tätig. Von den Ressortzuständigkeiten bin ich kein Experte für den Bereich Sozialpolitik, daher halte ich mich da in meinem Urteil zurück. Mein Eindruck ist, dass die Politik – und das hängt eng mit der Medienentwicklung zusammen – zu einer gewissen Kurzatmigkeit neigt. Allerdings wird diese Kurzatmigkeit durch längerfristige Trends überlagert. So neigt sich beispielsweise nach meiner Beobachtung die Dominanz einer marktradikalen Ideologie dem Ende zu. Dieser Trend hat dreißig Jahre lang dominiert und stellte mit dem Neomarxismus einer der zwei Großideologien seit dem zweiten Weltkrieg dar.

Inwiefern ist die Ära des Marktradikalismus vorbei?

Julian Nida-Rümelin: Ich glaube, wir verabschieden uns gegenwärtig aus zwei Gründen davon: Einmal, weil die zweitgrößte Wirtschaftskrise der Welt erst kurz zurückliegt und in vielen Ländern die dramatischen Auswirkungen für alle Menschen

sichtbar wurden und noch deutlich zu spüren sind. Es gibt Ähnlichkeiten zu den Entwicklungen bei der ersten Weltwirtschaftskrise 1929: Damals erlebten wir eine makroökonomische, politische Konjunktursteuerung und eine starke Renationalisierung der Politik. Das erleben wir heute wieder, seit der Krise kommen die Keynesianer wieder zu Wort. Und zweitens existiert in der Bevölkerung eine sehr kritische Stimmung gegenüber Privatisierungen. Vor zehn Jahren etwa war Privatisierung in der Bevölkerung weitestgehend akzeptiert: »Der Staat ist ineffizient, Privatisierung bringt Effizienz« – so das allgemeine Credo. Wo immer es heute um Privatisierung geht, lehnt sich die Bevölkerung auf. Und das auch beim Thema Privatisierung von Risiken, beispielsweise durch eine Übertragung von sozialstaatlichen Aufgaben an private Versicherungsunternehmen oder durch private Altersvorsorge, statt dem Generationensolidaritätsmodell. Und neben diesen beiden lässt sich vielleicht noch ein dritter Grund für den Niedergang des Marktradikalismus hinzufügen: Die durch die Krise für jedermann sichtbar gewordene Unterregulierung und Instabilität der Finanzmärkte. Deshalb gibt es aus meiner Sicht langfristig nur zwei Optionen: Entweder Renationalisierung der Politik und der Ökonomie und das ist nicht so unreal wie das manche behaupten ...

... und damit auch der Abschied vom Euro?

Julian Nida-Rümelin: Ja, alternativ dann vielleicht eine Währungsschlange oder auch wieder das Bretton-Woods-System. Oder die zweite Option, die mir sehr viel lieber ist: Die ökonomische Globalisierung wird durch eine Staatlichkeit jenseits des Nationalstaates komplettiert. Das ist nicht gleichbedeutend mit der Auflösung von Nationalstaaten, sondern mit der Etablierung von legitimer Staatlichkeit, wie sie beispielsweise in Form des Weltstraßengerichtes und anderer supranationaler Institutionen bereits existiert. Die Aufgabe dieser Staatlichkeit wäre

es, die globale Ökonomie soweit zu regulieren und zu steuern, dass sie nicht am Ende die Fundamente ökonomischen Erfolges zerstört.

Brauchen wir also die Vereinigten Staaten von Europa mehr denn je?

Julian Nida-Rümelin: Ich sehe auch für Europa, wie gesagt, nur die von mir genannten zwei Optionen. Der eine Weg ist die ernstgemeinte europäische Integration, dann muss sie aber auch institutionell abgesichert sein. Da kann es nicht sein, dass wir, wie aktuell in der Griechenland-Krise, doch intergouvernementale Verhandlungen führen, an denen die Europäische Kommission gar nicht mehr beteiligt ist. Wenn man den Euro aber wirklich will, der ja nicht ganz Europa umfasst, sondern eben nur ein Teil der Europäischen Union, dann braucht man auch die entsprechenden Institutionen. Man braucht eine gemeinsame Fiskal- und Wirtschaftspolitik und möglicherweise auch eine gemeinsame oder zumindest koordinierte Sozialpolitik. Diese Institutionen müssen demokratisch legitimiert sein und das kann nur über ein Parlament geschehen. Der andere Weg lautet Renationalisierung. Das ist nicht zwingend das Ende Europas, man kann sich auch eine Europäische Union nach britischem Muster vorstellen: Die Länder haben eine gewisse Gemeinsamkeit in Gestalt eines gemeinsamen ökonomischen Marktes, Freizügigkeit in Grenzen und eine Friedensordnung.

Zentral für eine funktionierende Friedensordnung ist der demokratische Zusammenhalt in und unter Staaten. Sind das zwei Seiten derselben Medaille: demokratischer Zusammenhalt und Sozialstaat?

Julian Nida-Rümelin: Der Sozialstaat in Deutschland hat eine sehr lange Tradition mit zwei Quellen: Einer konservativen Quelle, nämlich Bismarck mit der Reichsversicherungsord-

nung und einer katholischen Quelle, in der das Prinzip der Solidarität eine zentrale Rolle spielt. Diesen beiden Quellen haben lange Zeit zu einer hohen Akzeptanz des deutschen Sozialstaatsmodells und einer Wirtschaftsordnung, die gewissermaßen die Mittel für die Finanzierung bereitstellt, geführt. Diese hohe Akzeptanz geht zurück, das ist ganz offenkundig. Und diese Akzeptanz ist im »sozialen Rechtsstaat« Deutschland auch stark an das demokratische System gekoppelt.

Demokratischer Zusammenhalt ist zudem untrennbar mit politischer Teilhabe verbunden. Sie haben eben von einem Machtungleichgewicht gesprochen: Fühlen sich zu viele Menschen aufgrund von ungleicher Ressourcenverteilung vom politischen Leben abhängig und führt das zu einer Gefahr für unsere Demokratie?

Julian Nida-Rümelin: Ja, das ist eine Gefahr. Nehmen Sie beispielsweise das Thema Kommunalwahlen: Dort kann man den Zusammenhang zwischen sozialem Status und politischer Teilhabe sehr gut beobachten, in dem man die Wahlbeteiligung nach Stadtvierteln analysiert. Da kann man bereits ohne sozio-demographische Daten sehen, welche Stadtviertel sozial schwierig aufgestellt sind.

Können Politikverdrossene und sozial Benachteiligte wieder über eine aktive Sozialpolitik für ein demokratisches Gemeinwesen zurückgewonnen werden?

Julian Nida-Rümelin: Das kann ich nicht beurteilen, ich bin kein Soziologe. Ich persönlich wäre da optimistisch. Natürlich ist das ein Thema für eine Sozialpolitik, die sich als aktivierend versteht. Zur Aktivierung gehört ja auch Bürger- und Bürgerin-Sein und sich an der Ausgestaltung eines funktionierenden demokratischen Gemeinwesens zu beteiligen. Hier sind aber auch die Parteien als eine Art Scharnier zwischen dem Staat und der Bürgergesellschaft aufgefordert, vor Ort Beteiligungs-

angebote zu unterbreiten. Wenn die Menschen an diesen Orten sich selbst überlassen werden, statt ihnen die Möglichkeit zu bieten, sich zu beteiligen und mitzudiskutieren, wirkt das mittel- bis langfristig demokratiegefährdend.

Gibt es denn eigentlich irgendwelche Vorteile von Ungleichheit?

Julian Nida-Rümelin: Klar, denn ein Land mit radikaler Gleichverteilung, unabhängig von Leistung, würde vielen Menschen signalisieren: Ich muss mich nicht anstrengen.

Ungleichheit ist also auch eine treibende Kraft?

Julian Nida-Rümelin: Für diejenigen, die stark ökonomisch orientiert sind, hat es sicher auch diesen Effekt. Denn es lassen sich darüber Leistungsanreize schaffen. Denken Sie beispielsweise an Bonussysteme.

Stichwort Ökonomie: Was halten Sie von der These, dass die Wirtschaft in Deutschland gerade auch aufgrund unseres Sozialstaatsmodells relativ gut durch die Finanz- und Wirtschaftskrise der letzten Jahren gekommen ist und Unternehmen damit auch vom Sozialstaat profitiert haben?

Julian Nida-Rümelin: Niemandem wäre gedient gewesen, wenn die Krise in Deutschland – wie in vielen Ländern – eskaliert wäre. Daran hatten die sozialstaatlichen Leistungen, die aus sich selbst heraus stabilisierend wirken, einen großen Anteil. Und in diesem Punkt hat der britische Ökonom John Maynard Keynes recht: Anders als die Neoklassiker glaubte er, dass Märkte intrinsisch instabil sind und dies zu Krisenanfälligkeit führt. Deshalb hat Keynes für eine ausgleichende Wirtschafts- und auch Sozialpolitik plädiert. In der Krise haben wir genau das erlebt: Die sozialen Ausgaben gingen nach oben und dadurch erfolgte eine Stabilisierung. Über das Kurzarbeitergeld

hat die große Koalition dann noch mal draufgesattelt und zusätzlich stabilisiert. Und: Es hat funktioniert.

Also auch deshalb, weil der Sozialstaat die Kaufkraft der einzelnen Marktteilnehmer stützt?

Julian Nida-Rümelin: Genau, auch in der Krise wurde noch Kaufkraft ermöglicht. Das ist ja genau das Problem bei Griechenland: Viele kritisieren den Internationalen Währungsfonds und die Troika dafür, dass sie durch massive Eingriffe die Kaufkraft reduziert und damit die Krise noch verschärft haben.

Haben wir durch die Krise dazu gelernt?

Julian Nida-Rümelin: Schwer zu sagen, ich habe oft den Eindruck, manche wollen partout, auf beiden Seiten übrigens, nichts dazulernen: Einerseits diejenigen, die meinen, man könnte immer noch mit einem Deficit-Spending die Krisen der Welt mal so locker lösen und andererseits diejenigen, die unermüdlich den Sozialstaat als ökonomisch ineffizient anprangern. Es deutet alles darauf hin, dass eine sozialstabile Gesellschaft nur möglich ist, wenn beides zusammenspielt: Ein hohes Maß an ökonomischer Effizienz und dazu gehört auch Konkurrenz und Insolvenz von Unternehmen. Ein Staat, der das verhindert, der unterminiert ökonomische Rationalität – was im Finanzsektor übrigens geschehen ist. Und auf der anderen Seite ist der Markt auf sich selbst gestellt und von einer derartigen Dynamik in Richtung Ungleichheit geprägt, dass die sozialen Grundlagen ökonomischen Erfolges massiv bedroht und schnell vernichtet werden können. Hier muss politisch gegengesteuert werden. Es wird die Kunst sein, in Zukunft ökonomische Effizienz und soziale Stabilität bzw. soziale Gerechtigkeit auszutarieren.

Brauchen wir für dieses Gleichgewicht auch mehr soziale Unternehmer, also Unternehmer, die kapitalistisch handeln und sich dennoch dem Gemeinwohl verpflichtet sehen?

Julian Nida-Rümelin: Die Konsumentenentscheidungen sind heute in höherem Maße als früher von ethischen Kriterien geleitet. Nachhaltigkeit, keine Kinderarbeit, Fair-Trade, artgerechte Tierhaltung etc. sind Faktoren, die bei Kaufentscheidungen immer wichtiger werden. Auf der Produzentenseite gibt es zunehmend Unternehmen, die beides miteinander verbinden: Auf der einen Seite wollen sie natürlich ihr Unternehmen zum Erfolg führen und auch anständige Gewinne machen. Auf der anderen Seite fühlen sie sich an bestimmte ethische Standards gebunden. Und drittens gibt es Unternehmen, die soziale Dienstleistungen anbieten. Das befürworte ich sehr, außer wenn diese sozialen Dienstleistungen als Ersatz für den Sozialstaat propagiert werden. Der Trend, dass Unternehmen komplementär zum Sozialstaat soziale Dienstleistungen anbieten, wird vermutlich noch zunehmen, weil die öffentlichen Verwaltungen überfordert sind.

Finanziell überfordert?

Julian Nida-Rümelin: Ja, aber auch personell überfordert. Schweden und Norwegen hat beispielsweise einen fast doppelt so stark ausgebauten öffentlichen Sektor wie Deutschland.

Komplementäre Wohlfahrtsproduktion von privaten Dienstleistern also als Zukunftsmodell für Deutschland?

Julian Nida-Rümelin: Der ganze Bereich der sogenannten freien Wohlfahrtspflege ist ja eine Art staatlich-privates Gemisch. Gegen das ist gar nichts einzuwenden, wenn die staatliche Primärverantwortung bleibt. Am Ende muss es Regeln geben, die für alle gelten, sonst werden wir von den oben angesproche-

nen Dynamiken und Zufälligkeiten der Märkte abhängig. Das würde dazu führen, dass wir in bestimmten Regionen eine gute soziale Versorgung haben und in anderen Regionen eine katastrophale. Eine Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse muss grundrechtlicher Auftrag sein und das kann nur der Staat garantieren.

Während der Wirtschafts- und Finanzkrise entzündete sich immer wieder Kritik an der Höhe und Angemessenheit von Managergehältern. Wie lässt es sich generell rechtfertigen, dass ein Investmentbanker ein Hundertfaches von dem verdient, was beispielsweise eine Erzieherin, die eine sehr verantwortungsvolle Aufgabe hat, als Einkommen erhält?

Julian Nida-Rümelin: In meinen Augen lässt es sich objektiv und ethisch nicht rechtfertigen. Aber: Es ist erklärbar. Die Erklärung ist nicht, dass alle Manager gierig sind, es geht eher um den Vergleich mit einem anderen Manager. Insofern war es eine große Eselei der Politik in Deutschland, die Offenlegung der CEO-Gehälter von deutschen Firmenbossen und Managern zu fordern. Ich bin sehr dafür, solche absurden Gehaltsdifferenzen durch Ethos-Normen auszubremsen. Das funktioniert beispielsweise in Japan sehr gut: Das Land ist kapitalistisch verfasst und verfügt über gedeckelte Gehaltsdifferenzen. Die Managergehälter in Japan sind höchstens 20 Mal so hoch wie das Durchschnittsgehalt eines Angestellten in den Unternehmen. In den USA übersteigen die Managergehälter das Durchschnittsgehalt eines Angestellten in den Unternehmen um das Zweihundertfache.

Einen ähnlichen, aber erfolglosen Versuch der Begrenzung von Managergehältern gab es in der Schweiz mit der 1:12-Initiative: Ein Manager sollte nicht mehr als das 12-fache des Durchschnittsgehaltes im Unternehmen verdienen.

Julian Nida-Rümelin: Das war vielleicht ein zu extremes Downsizing angesichts der Managergehälter, die faktisch gezahlt werden. Aber eine Obergrenze wäre sinnvoll.

Sprechen wir über Reformen in der Sozialpolitik: Brauchen wir einen neuen Gerechtigkeitsdiskurs in Deutschland?

Julian Nida-Rümelin: Es wäre sinnvoll eine Debatte darüber zu führen, was eigentlich Gerechtigkeit ausmacht – insbesondere weil die immer wieder bemühten Entgegensetzungen von Gerechtigkeit und Effizienz oder Gerechtigkeit und Freiheit eine Schieflage provozieren. Denn ohne Gerechtigkeit keine politische Stabilität und erst recht keine Demokratie.

Gerechtigkeit ist also ein sehr zentraler Wert in der Demokratie?

Julian Nida-Rümelin: Ja, es ist so etwas wie die überwältigende Normativität einer politischen Ordnung. Wenn die erste Frage nach dem Wesen von Gerechtigkeit beantwortet ist, stellt sich die zweite praktische Frage: Wie schätzen wir beispielsweise unser Wirtschafts-, Sozial-, und Bildungssystem sowie unser politisches System insgesamt ein? Bestehen massive Gerechtigkeitsdefizite und wenn ja, an welchen Stellen und wie lassen sie sich beheben?

Welche Defizite sehen Sie?

Julian Nida-Rümelin: Es gibt massive Herausforderungen wie die oben erwähnte Ungleichheitsentwicklung in der Vermögensverteilung in Deutschland. Das gefährdet die Stabilität unserer politischen Ordnung, weil sich das Gefühl breit macht, einige wenige entscheiden und wir schauen zu und dürfen alle vier oder fünf Jahre mal abstimmen. Weiter haben wir das Problem von mangelnder Partizipation ganzer Bevölkerungsteile, die sich im politischen und sozialen System abge-

hängt fühlen. Eine große Herausforderung sehe ich auch in einer noch nicht gelebten neuen Kultur des Geschlechterverhältnisses.

Wie müsste ein solcher Gerechtigkeitsdiskurs ablaufen und welche Akteure müssten beteiligt werden?

Julian Nida-Rümelin: Ein Diskurs findet ja immer irgendwie statt. Aber man muss noch stärker auch die Betroffenen aktiv in den Diskurs einbeziehen um dort auch die tatsächlichen Bedarfe abzufragen.

Kann so ein Diskurs im Ergebnis auch zu einem europäischen Sozialstaatsmodell führen und wenn ja, wie könnte es aussehen?

Julian Nida-Rümelin: In Europa unterscheiden wir – dem dänischen Politikwissenschaftler Gösta Esping-Andersen folgend – drei verschiedene Typen von Wohlfahrtsstaaten: liberale, konservative und sozialdemokratische Wohlfahrtsstaaten. Alle drei Modelle finden wir in Europa mehr oder weniger realisiert, aber daraus lässt sich kein einheitliches europäisches Sozialstaatsmodell basteln.

Wie könnte man sich dennoch einem europäischen Sozialstaatsmodell annähern?

Julian Nida-Rümelin: Ich plädiere dafür, in einem gemeinsamen Währungsraum zumindest die entsprechenden Politikfelder wie beispielsweise Fiskalpolitik oder Wirtschaftspolitik zu koordinieren. Es sollte dann beispielsweise einen europäischen Finanzkommissar und einen europäischen Wirtschaftsminister geben, der dann die gemeinsame Politik koordiniert. Und ebenso sollte es gemeinsame Leitlinien auch in anderen Politikfeldern geben. Es braucht dann oben und unten Beschränkungen, damit es zum Beispiel nicht zu einem Steuerwettbe-

werb nach unten oder auch zu einem Sozialwettbewerb nach oben kommt.

Herr Prof. Nida-Rümelin, herzlichen Dank für das Interview.

Beiträge zur Sozialpolitik

Im Gespräch mit Julian Nida-Rümelin, Edzard Reuter,

Serdar Somuncu und Neven Subotić

Uebelhart, B.; Zängl, P. (Hrsg.)

2017, VI, 113 S. 4 Abb. in Farbe., Softcover

ISBN: 978-3-658-07961-1